

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, nach die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.00, monatlich 34 Ctg., Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Beranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Donnerstag, den 14. Mai 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

An die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl besteht aus den Genossen B. Effinger, Vorsitzender, P. Pape, stellvertretender Vorsitzender, Adolf Ehlers, Kassirer, J. Stelling, Schriftführer und G. Ehlers, Beisitzer.

Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an B. Effinger, Lübeck, Johannisstraße 50 demselben ist gleichfalls die Vermittlung der Referenten übertragen worden. Die Genossen und Vereine, welche zur Wahlagitacion einen Referenten wünschen haben sich umgehend bei Gen. Effinger zu melden. Die Referenten selbst können direkte Bestellungen nicht mehr berücksichtigen.

Das Reichstags-Wahlkomitee.

Moloch hat Hunger.

Wp. Seit Monaten winseln die „Staatszerhaltenden“ nach einer „Wahlparole“ der Regierung, jetzt haben sie eine: es ist sicher, daß die Regierung dem neuen Reichstage eine neue Militärvorlage unterbreiten wird. Im Zusammenhang damit wird gemeldet, daß wieder ein „Handlanger“ wegen mangelnder Leistungen aus dem Dienste gejagt werden soll — der schneidige Kriegsminister von Gölzer. Eifrige Reporter haben es nämlich herausgebracht: diesem Handlanger „sei es ungemein schwer gefallen, die Wünsche des Kaisers mit der Zustimmung des Reichstags in Einklang zu bringen.“ Darum soll er einem neuen „schneidigen“ General Platz machen, der die Sache besser versteht.

Welche neuen Forderungen gestellt werden sollen, darüber verlaute noch nichts Sicheres. Allgemein wird vernommen, daß es sich um die Bildung der dritten Bataillone bei den Regimentern handelt, die zur Zeit nur zwei haben. Dieser Wunsch ist schon in der Budgetkommission des Reichstags angedeutet worden, aber damals war nur die Rede von der Errichtung dieser dritten Bataillone für die Regimente in den Grenzbezirken. Jetzt scheint man aber weiter gehen zu wollen, und es sollen die dritten Bataillone für sämtliche Infanterieregimenter gefordert werden. Das würde einer Verstärkung der Friedenspräsenzstärke um volle 30 000 Mann gleichkommen.

Ungemein charakteristisch ist, wie die Regierung im Einverständnis mit den Mehrheitsparteien die Wähler über den Löffel hardiert. 1893 kam die Regierung mit ihren Forderungen, die selbst den militärfreundlichen Parteien über die Lippen gingen. Der Reichstag wurde auseinandergeragt und der neue Reichstag apponirte die Vorlage, eine neue „Heeresorganisation“ wurde geschaffen und die Infanterie wurde dabei in 583 Bataillone und 173 Halbataillone formirt. 1897 kam dann wieder eine Aenderung, wobei die 43 Regimente mit zwei Bataillonen entstanden. Jetzt sollen diese Regimente auf drei Bataillone gebracht werden. Wie der Taschenspieler die Karten bald in kleine, bald in größere Häuflein theilt und dabei den verwirrten Zuschauer täuscht, so dienen die Wandlungen in „Halbataillone“ und „Regimenter mit zwei Bataillonen“ nur dazu, um schließlich die Bewilligung neuer Mannschaften zu erreichen.

Sicher aber wird es bei der neuen Vorlage sich nicht nur um die Infanterie handeln. Die „Deutsche Tagesztg.“ z. B. sagt: „Insbesondere wird es sich um eine nicht unwesentliche Vermehrung der Kavallerie“ handeln.“ Man kennt die Vorliebe für schnelle Reiterattachen, für blickende Uniformen und sonstigen militärischen Dons, und schon deshalb wird der kommende Mann, wenn er sich eine Position schaffen will, hübsche Forderungen stellen, selbst wenn ihm kein plausibler Grund für die Vermehrung dieser Bugstruppe zur Verfügung steht. Außerdem verlaute, daß zwei Armeekorps, das 1. und 14., getheilt werden sollen, jobaß zwei neue geschaffen werden. Man kann sich also darauf gefaßt machen, daß die neue Forderung gut und recht 50. bis 60 000 Mann betragen wird.

Betrachtet man die Entwicklung der Präsenzstärke, so ergibt sich folgende niedliche Steigerung: 1875 waren im Frieden rund 401 600 Mann unter den Waffen. Bis 1888 stieg die Zahl auf rund 468 500. Der „neue Kurs“ aber hatte es noch viel eiliger: er hat es auf rund 580 000 Mann gebracht!

Natürlich stiegen dementsprechend die Ausgaben: 1875 kostete das herrliche Heer das runde Summchen von 584 Millionen, im Jahre 1888 waren es 657 Millionen, und 1902 1016 Millionen!

Wie verhalten sich nun die Parteien zu dieser neuen „Wahlparole“? Sehr angenehm wird sie keiner Partei sein, denn den militärfreundlichen Wählern dürfte es schließlich nicht zumuthen sein, daß sie sich für den Militarismus des neuen Kurzes enthusiasieren. Aber es winkt die Aus-

sicht eines Geschäfts und die hilfbedürftige Schutztruppe der Regierung richtet sich sofort darauf ein: sowohl die Konservativen als die Nationalliberalen erklären denn auch mit wünschenswerthem Nachdruck, daß sie für alles zu haben sind. Freilich fördert eine solche Dienstbefissenheit ihre Aussichten bei den Wählern nicht, aber das Stimmbüchlein kommt ja auch nicht in Betracht; während die Regierung doch ein Herz von Stein haben müßte, wenn sie den Landräthen und anderen Wahlmachern jetzt nicht die entsprechende Weisung geben wollte. Ungelegen kommt die Geschichte den agrarischen Krachlern; Herr Dertel ist gezwungen, wunderbare Kapriolen zu schlagen: Er wird alles bewilligen, „was unbedingt notwendig ist“, aber er seufzt über die Opfer, die „schwer, so unendlich schwer sind“, dann giebt der gewiegte Diplomat der Regierung den guten Rath, nur das zu verlangen, was sie durchaus braucht. Das Zentrum schweigt sich bisher wohlweislich aus und auch die um Richter und Barth haben es noch nicht über sich gebracht, ein klares Wort zu sprechen. Nun wohl, unsere Agitatoren werden den Herren schon noch die Junge lösen.

Warum aber wirft die Regierung gerade jetzt noch die Frage des Militarismus auf? Daß sie damit den „Staatszerhaltenden“ keinen Dienst erweist, ist klar. Pure Tölpelhaftigkeit ist es kaum. Denn jovie! Ungeheuerlich ist die „Handlanger“ im Amte zutragen, dieser Streich scheint doch das normale Maß an Tölpelhaftigkeit zu übersteigen. Es liegt deshalb der Gedanke nahe, daß die Regierung sich mit weitgehenden Plänen für die Zukunft trägt. Schon vor einiger Zeit tauchten Gerüchte auf, die Regierung beabsichtige bei der bevorstehenden Wahl möglichst ungehindert den Dingen ihren Lauf zu lassen, um es dann aufs Viegen und Brechen ankommen zu lassen, man werde sich bei dem neuen Reichstag ansehen, und dann eventuell es mit einem Verfassungsbruch zu versuchen. Wenn jetzt derartige Pläne in Bezug auf Militärvorlagen verlauten, so ist nicht ausgeschlossen, daß man beabsichtigt, dem neuen Reichstage Forderungen zu unterbreiten, die selbst den bürgerlichen Parteien unannehmbar sind, um dann den Reichstag aufzulösen und es auf einen ernsthaften Konflikt ankommen zu lassen.

Die Möglichkeit einer solchen Taktik ist nicht von der Hand zu weisen und das Proletariat thut stets gut, von seinen Klassenfeinden das Schlimmste zu erwarten. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, erhält aber die bevorstehende Wahl eine ganz besondere Bedeutung — es ist vielleicht der letzte Wahlgang unter verfassungsmäßigen Umständen! Umjomehr haben wir die Pflicht, ihn mit Anstrengung aller Kräfte zu führen, um im Kampfe unsere Kräfte für den vielleicht nahe bevorstehenden Entscheidungskampf zu prüfen.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Auf dem Armesünderbänkechen. Nicht die Politik verdirbt den Charakter, sondern der Charakter verdirbt die Politik. Die sittliche Korruption äußert sich in geistiger Verwahrlosung, wie es umgekehrt für den erfahrenen Kriminalisten ein untrüglicher Schuldbeweis ist, wenn der Delinquent mit jämmerlichen Trugschlüssen operirt und sich in handgreifliche Widersprüche verwickelt. Herr Eugen Richter ist ein solcher fauler Kunde, der jetzt das Verbrechen des Brodwuchers mit dreifachen Sägen abshwören will und in seiner „Freis. Ztg.“ eine Darstellung zu Protokoll giebt, die ihm selbst vor dem dümmsten Untersuchungsrichter den Hals brechen müßte. Unnötig zu sagen, daß Eugen Richters Selbstverteidigung eine Unlage ist. Nicht er beginnt mit dem Brodwucher, bewahre; das thut nur die Sozialdemokratie zum grimmigen Schmerze des freisinnigen Tribunen. Die Sozialdemokratie, weil sie sich bestimmt weigert, Handelsverträge auf der Grundlage des neuen Zolltarifs ihre Zustimmung zu geben. Also sprach Eugen Richter. Zu seinem Schaden ist er so unvorsichtig, diese Auffassung sachlich begründen zu wollen. Soweit diese Begründung sachlich ist, muß sie zu einer direkten Widerlegung seines Standpunktes werden, was auch durch die größten Trugschlüsse nicht verschleiert werden kann. Herr Eugen Richter muß gefehen, daß, wenn die Handelsverträge in Fortfall kommen, dann für Deutschland die höheren Zollsätze von selbst wieder in Kraft treten, die bis zu den Caprivischen Handelsverträgen gegolten haben. Nun aber hat der autonome frühere Tarif niedrigere Zollsätze, als der neue Minimaltarif. Die vorcaprivischen Sätze betragen beispielsweise für Roggen und Weizen 5 Mk., die Minimalsätze des neuen Zolltarifs setzen für Weizen 5,50 Mk. fest. Wenn also der Fall des neuen Zolltarifs im Reichstag den alten autonomen Tarif wieder aufleben ließe, so würde dabei die deutsche Volkswirtschaft immer noch besser fahren als unter den Vertragsätzen des neuen Tarifs. Der jetzt verabschiedete Zolltarif ist auch dem alten autonomen Tarif gegenüber das größere Uebel. Wie aber, wenn der Fall des Zolltarifs eine Erhöhung des autonomen Tarifs zur Folge hätte? Einmal hätte hier der Reichstag und die Sozial-

demokratie auch noch ein Wörtlein mitzureden, und dann hat auch die Regierung für diesen Fall noch Trümpe in der Hand. Wir überschätzen die Bülow und Bosadomsky gewiß nicht; allein als so übelberathen möchten wir sie doch nicht tagiren, daß sie die deutsche Industrie, die milchende Kuh des Militarismus und Marinismus, leichtsinnig und freivol durch Zollkriege gefährden würden. Die Regierung wird also, wenn sie nicht von allen Göttern verlassen ist, die alten Handelsverträge weiterlaufen lassen, so lange es eben geht, und wenn es nicht mehr geht, zu den alten autonomen Zollsätzen zurückkehren. Diese Logik wird ihr nicht ihre eigene Intelligenz, sondern das eiserne Maß des weltwirtschaftlichen Schwerkochs einpausen. Thäte sie etwas anderes, so wäre sie reif fürs Narrenhaus oder — für die Freisinnige Volkspartei Eugen Richters. Daß Herr Eugen Richter zum Schluß noch mit gefälschten Zitaten arbeitet, gehört zum Handwert des Delinquenten. Herr Eugen Richter ist gewiß ein großer Sünder, aber daß er auf dem Armesünderbänkechen eine so schlechte Figur machen würde, das, wir gestehen es, hat selbst uns überrascht.

Reichstagswahlrecht und Armenunterstützung. Der Gemeinderath von Straßburg (Elsaß) nahm den von sozialistischer Seite ausgehenden Antrag an, daß der Bürgermeister bei der Aufstellung der Wählerliste für die bevorstehende Reichstagswahl alle diejenigen Personen, welche im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre in Folge von Krankheits- oder Unglücksfällen in der Familie eine einmalige Armenunterstützung bezogen haben, in die Wählerliste aufnehmen möge.

Aus der Wahlbewegung. Im Wahlkreise Deutsch-Krone hat der Bund der Landwirthe nach einer öffentlichen Erklärung des Bundesvorsitzenden Herrn Gamp definitiv fallen lassen, obgleich er kürzlich in einem Schreiben an den Wahlausschuß erklärte, daß die neuen Handelsverträge mindestens eine Erhöhung der Viehzölle auf 250 bis 300 Prozent ihres gegenwärtigen Bestandes enthalten müßten, wenn er derselben zustimmen solle. — Im Wahlkreise Görlitz ist, wie bekannt, der freisinnige Kandidat, der bisherige Abg. Lüders, zurückgetreten, nachdem er sich, obwohl er ein Reichstagsmandat bekleidete, schon seit vielen Jahren von der Politik zurückgezogen hatte. An seiner Stelle wurde der Berliner Arzt Dr. Mugdan aufgestellt. — Wie aus dem Wahlkreise Wangzleben berichtet wird, soll der entlassene Regierungspräsident von Arnstedt dort als Reichstagskandidat aufgestellt werden und die Unterstützung der Konservativen und des Bundes der Landwirthe finden. Da Herr von Arnstedt bekanntlich wider seinen Willen aus dem Amte entlassen worden ist und seiner Wählung darüber in einer öffentlichen Erklärung sehr deutliche Ausdrücke gegeben hat, würde seine Kandidatur einen einigermaßen oppositionellen Anstich erhalten. — Im Wahlkreise Sauch-Welzig-Süderboger-Dudenwalde stellte die Freisinnige Volkspartei den Berliner Lehrer Pasche auf. — Im Wahlkreise Apenrade-Flensburg haben Nationalliberale und Freisinnige ein Kompromiß abgeschlossen. Von freisinniger Seite wird der Lehrer F. Wolgast in Kiel als gemeinsamer Reichstagskandidat präsentiert. Die Nationalliberalen haben zugestimmt, für ihn zu stimmen unter der Bedingung, daß die Freisinnige Partei bei der nächsten Landtagswahl dem Kandidaten der Nationalliberalen ihre Stimme giebt. Der Wahlkreis ist bekanntlich zur Zeit durch den Antisemiten Raab vertreten, der in der Stichwahl über den Sozialdemokraten siegte. — Die Generalversammlung der demokratischen elsässisch-lothringischen Volkspartei in Colmar beschloß einstimmig, Rechtsanwalt Blumenthal in Colmar als Reichstagskandidaten für Colmar-Münster aufzustellen. Blumenthal nahm die Kandidatur an.

Der Dolus eventualis in Majestätsbeleidigungsprozessen ist seit dem zur Notorietät gelangten „Fall Biednecht“ nur selten angewendet; selbst die Juristen scheinen eine gewisse Scheu davor zu haben, Verurtheilungen auszusprechen mit der Motivirung, der Angeklagte habe zwar nicht vom Kaiser gesprochen, es könnte aber doch Jemand geben, der das Gesprochene auf den Kaiser bezöge. Jetzt aber hat doch wieder ein Gericht diesen Dolus eventualis angewendet und zwar die Strafkammer in Königsberg i. Pr. Wegen Majestätsbeleidigung ist, wie schon kurz gemeldet, an Sonnabend der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ Genosse Borchardt, zu der harten Strafe von drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Im Dezember v. J. war im Königsberger Parteiblatt eine Planberei unter dem Titel „Benzolanisch-Deutsches“ erschienen in welcher das Verhalten des Reichskanzlers und des Marineamts in launiger Weise kritisiert wurde. Insbesondere war ein Telefongespräch zwischen dem Reichskanzler und einer anderen Person dargestellt über die bevorstehende Auslösung der venezolanischen Expedition, worin die andere Person nicht sehr ehrerbietig behandelt war. Die Staatsanwaltschaft behauptete nun, mit dieser anderen Person sei der Kaiser gemeint. Da der Kaiser in dem ganzen Artikel absolut nicht genannt ist, so war es unmöglich, das zu beweisen, und aus diesem Grund

hatte das Landgericht ursprünglich die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Das Oberlandesgericht hatte aber, auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft, ohne nähere Begründung die Eröffnung des Verfahrens angeordnet. Im Termin wurde auf Antrag des Staatsanwalts und gegen den Widerspruch des Angeklagten die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Trotzdem der Angeklagte versicherte, daß ihn nie der Gedanke gekommen sei, den Artikel auf den Kaiser zu beziehen, und trotzdem der Verteidiger nachdrücklich hervorhob, daß nur ein Befangener Beziehungen zum Kaiser in der Artikel hineinlegen könne, und daß es höchst sonderbar berühren müsse, wenn die Anklagebehörde unehrerbietige Äußerungen, von denen nirgends gesagt sei, daß sie dem Kaiser gelten, ihrerseits durchaus auf den Kaiser beziehe, kam das Gericht zu einer Verurteilung. Denn wenn auch ein Anderer gemeint sein könne, so sei es doch auch nicht ausgeschlossen, daß der Kaiser gemeint sei. Der Staatsanwalt hatte sogar sechs Monate beantragt. Auf die Anregung des Verteidigers, daß selbst im Falle der Verurteilung Festungshaft am Plage sei, da bei der That keinerlei ebloße Gesinnung an den Tag gelegt worden sei, ging der Gerichtshof gar nicht ein. Zwei Beweisanträge des Verteidigers, darunter der Antrag, den Reichskanzler zu laden, welcher bezeugen solle, daß das persiflierte Gespräch zwischen ihm und einem Beamten des Marineministers inhaltlich stattgefunden hat, wurden abgelehnt. Der Fall „Hochardt“ ist ein würdiges Seitenstück zum „Fall Liebknecht“. Bei dieser Rechtsprechung kann Alles als Majestätsbeleidigung bestraft werden, denn wer und was hindert die Eventualjuristen, hinter jeder fingierten Person eines Zeitungsaufsatzes, einer Satire, einer Humoreske Wilhelm II. zu suchen?

Das gehört nicht hierher...! Zur Einweihung des neuen Schachtes „Gannibal“ wurde von der Firma Krupp eine Feier mit Freibier und Musik in Hoffede-Brönitz veranstaltet. Als der Alkohol bei ihnen zu wirken anfing, brachten einige Beamte nacheinander verschiedene schwungvolle Toaste aus auf den neuen Schacht, den Unternehmer usw. Darauf erbat sich auch ein Bergarbeiter das Wort und führte aus: „Ich denke, daß es auch recht ist, daran zu denken, daß beim Abteufen des neuen Schachtes mehrere Kameraden ihr Leben lassen mußten.“ Kaum aber war ihm das Wort entflohen, so sprangen die Herren Beamten wie von Taranteln gestochen in die Höhe. Die Herren waren offenbar der Meinung gewesen, der Arbeiter werde pflichtgemäß einen Toast auf sie ausbringen und statt dessen war „der Kerl“ so frech, seiner Kameraden zu gedenken, die im Dienste des Kapitals ihr Leben lassen mußten. Die Beamten gerieten in heftige Entrüstung und schrien: „Das gehört nicht hierher, das geht uns nichts an“ usw. Als dagegen einige organisierte Arbeiter Widerspruch erhoben, sprangen zwei Steiger auf und beförderten die „Rabenhörner“ an die frische Luft. Dann nahm die Feier ihren Fortgang...

Strafen durch Verwaltungsbehörden, ohne Mitwirkung der Gerichte, kennt noch das preussische Gesetz für Landarbeiter. Für hartschätigen Ungehorsam, Arbeitsverweigerung, unehrerbietiges Betragen gegen die „Herrschaft“ und ähnliches kann die lokale Polizeibehörde eine kleine Geldstrafe oder mehrere Tage Gefängnis verhängen. Ganz wie in Rußland. Da nun aber die lokale Polizei sehr oft in den Händen der besessenen Herrschaft selbst liegt, indem der Gutbesitzer zugleich Amtsvorsteher ist, so hat das Gesetz wenigstens die Bestimmung getroffen, daß in solchem Falle der Landrat angerufen werden muß. Des wissen aber sehr viele Amtsvorsteher gar nicht. Es ist rein merkwürdig: solche Gesetzesbestimmungen, die ihnen Rechte einräumen, kennen sie ganz genau. Da aber, wo ihre Rechte ein wenig eingeschränkt werden, hat ihre Kenntnis ein Ende. Sie wissen zwar, daß sie in eigener Sache nicht selbst richten dürfen, aber sie wenden sich dann einfach an ihren Stellvertreter, d. h. an einen benachbarten Gutbesitzer. So ist erst kürzlich wieder in Preußen ein Landarbeiter auf diesem patriarchalischen Wege mit 3 Tagen Gefängnis bestraft worden, weil er angeblich dem Inspektor gegenüber nicht ehrerbietig genug war. Der Gutbesitzer, selbst Amtsvorsteher, fertigte den Strafbefehl für und fertigt aus und schickte ihn an seinen Stellvertreter zum Untersreiben. Nachscheidung, Augenvernehmung und dergleichen fand nicht statt. Und was das schlimmste ist: die Sache ist nach preussischem Gesetz vollkommen in Ordnung, nur daß dort der Stellvertretenden Amtsvorstellers der Landrat hätte angerufen werden müssen. So leben preussische Landarbeiter!

Erneuerung des Kohlenabkommens. Die „Köln. Zig.“ veröffentlicht einen längeren Vortrag aus dem Vertragsgesamtwerk für die Erneuerung des hiesigen Westfälischen Kohlenabkommens. Danach ist eine Fortsetzung in der Fassung der Verhandlungsgespräche insofern vorgesehen, als künftig nicht mehr die Verhandlungsfähigkeit der einzelnen Schichtanlagen zu einem Anspruch auf erhöhte Befähigungsberechtigungen, sondern je nach der Beschaffenheit der Schichtanlagen soll. Man hofft dadurch den bisherigen Streit um höhere Befähigungen, der auf die Dauer den Stand des Syndikats gefährden würde, zu beenden und die Fortsetzung mit dem Abjah besser als bisher in Einklang zu bringen. Weiter ist vorgesehen, daß diejenigen Kohlenwerke, die zum Selbstverbrauch der Zechen dienen, hinsichtlich von dem Verkauf durch das Syndikat ausgeschlossen sind. Dadurch wird den Wünschen der sogenannten Hüttenwerke und der Hüttenwerksbetriebe Rechnung getragen. Galtig ist dem Syndikat die Möglichkeit gegeben, zur Bekämpfung des Wettbewerbs außerordentlich hohe die Vertragsbestimmungen ganz oder zum Teil zeitweise aufzuheben. Für die Auslegung der Vertragsbestimmungen wird ein Schlichtergericht eingesetzt, das von den Hüttenwerken angeordnet werden kann.

Der „Einigungsplan“ hat doch Recht. Als i. Z. bekannt wurde, daß Prinz Arzberg einen Schwager auf beschuldigte Weise erworben hatte, brachte der „Einigungsplan“ eine wie folgt beschlossene Illustration: In einer kühnen nachlässigen Tropfenabspaltung hinkt vorn der Prinz neben seinem gewöhnlichen Opfer und vor dieser Gruppe hinken drei Herren. „Wart! Da ein Arbeiter, sprach die Erste, dann Da ins Reichthum.“ „Wart! Da ein Bürgerlicher, sprach die Zweite, dann Da ins Gefängnis.“ „Wart! Da ein Adeliger, sprach endlich die Dritte, dann Da auf den Weg.“ „Doch wart ich ein Prinz bin, erachtet nun Arzberg, bezog ich mich in eine Heilanstalt.“ Das

alles war natürlich in den Augen der Gutbesitzer eine schmählische Bezeher. Jetzt aber wird die Kanalle darauf vorbereitet, daß der Prinz „demnächst in eine Heilanstalt übergeführt wird.“

Kleine politische Nachrichten. Der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky hat dem Verbands-Deutscher Arbeitervereine eine Beihilfe von 6000 Mk. bewilligt. — Die Konferenz der Landes-Ver sicherungs-Anstalten, die in Berlin tagte, lehnte einstimmig den Vorschlag betr. Errichtung einer Lungenheilstätte in Deutsch-Südwest-Afrika ab. — Von dem in Gnesen garnisonierenden Regiment sind siebzig Mann an Brechdurchfall erkrankt. Da das Garnisonlazarett überfüllt ist, müssen Baracken erbaut werden. — Gegen die „Neunkirchner Volkszählung“ ist das Strafverfahren eingeleitet wegen zweier Artikel über die jüngsten Unruhen in St. Johann. Die betreffenden Nummern wurden konfisziert. — Seit Beginn der Los von Rom-Bewegung sind in Oesterreich 40000 Personen zum protestantischen Glauben übergetreten. — Bei den Senatswahlen in Spanien wurden nach neueren Ermittlungen gewählt 106 Konservative, 47 Liberale, 3 Anhänger des Herzogs von Tetuan, 3 Demokraten, 1 Regionalist, 2 Republikaner, 5 Unabhängige, 1 Carlist und 4 dem geistlichen Stande Angehörige. — Der Kaiser von Japan eröffnete persönlich die Session des Parlaments mit einer Thronrede, die Maßregeln zu einer wesentlichen Vervollständigung der nationalen Verteidigung ankündigt. Die Beziehungen zum Auslande werden in der Thronrede nicht erwähnt. — In dem Geisch zwischen amerikanischen Truppen und Filipinos bei Taraca wurden nach den letzten Nachrichten aus philippinischer Quelle 300 der Aufständischen getötet, darunter 9 Führer.

Schweden. Schwedens Verzicht auf Wismar. Der Staatsauschuss des schwedischen Reichstages hat, wie aus Stockholm berichtet wird, Montag der Vorlage zugestimmt, nach der die Regierung ermächtigt werden soll, von dem Rechte abzusehen, die Stadt Wismar mit Umgebung durch Erlegung der Pfandsumme wieder loszukaufen.

Thenerungsulagen. Infolge der allgemeinen Thenerung bewilligt Regierung und Reichstag Montag sämtlichen mittleren und niederen Staatsbeamten eine Extrazulage.

Rußland. Judenmeckeln gleich denen in Aschkenaz haben sich nach der New Yorker „Jewish Daily News“ auch in Tiraspol (zwischen Aschkenaz und Odessa ereignet. Eine große Anzahl Personen wurde getötet.

Italien. Konfiszirt wurde in Mailand der „Avanti“, das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie, weil er das Manifest der sozialistischen Jugend von Turin zum Abdruck gebracht hatte. Dieses Manifest war an die Soldaten gerichtet und an diese vertheilt worden. Der „Avanti“ wird gerichtlich verfolgt werden.

Frankreich. Die religiösen Wirren. Als Dienstag Vormittag der Jesuitenvater Coube die Kanzel in der Kirche in Aubervilliers bestieg, erhoben 30 der Freidenker-Gruppe angehörende Personen, darunter der ehemalige Vater Charbonnel, gegen die ersten Worte des Priesters lebhaften Einspruch. Es folgte eine Gegenkundgebung, wobei in der Kirche mit Stühlen und anderen Gegenständen geworfen wurde. Die Polizei schritt ein, entfernte die Stuhlfreier und nahm ein Protokoll auf. Die Predigt konnte dann ungehindert zu Ende geführt werden.

Holland. Klassenjustiz. Zu der schon gemeindefreien Verurteilung des Genossen J. van der Goot, Redakteurs der Monatschrift „De Nieuwe Tijd“, wird dem „Vorm.“ noch geschrieben: „Das Gericht hat sein Urtheil gefällt und van der Goot wegen seiner Auftritte in der Versammlung des Bundes der Milizen und Alt-Milizen zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Auch über eine Reihe anderer Genossen wurde wegen ihrer Äußerungen in den Generalkonferenzen verhandelt und die meisten mit außerordentlich hohen Strafen bedacht. So wurden z. B. vom Staatsanwalt gegen J. M. van Dagen, den Vorsitzenden der Arbeiter, 8 Monate Gefängnis beantragt; ferner gegen einen Ladenbesitzer, der eine Kupfer-Karikatur des Parteiführers „Het Volk“ in seinem Schaufenster ausgehängt hatte, 25 Fl. oder 40 Tage Gefängnis. Ein Zimmermann, der einem Streikbrecher eine Ohrspeiche gegeben hatte, erhielt trotz mildernder Umstände 3 Wochen, ein anderer Arbeiter, der sich auf Auforderung eines Polizeisten bei einem Aufruf nicht entfernte und sich seiner Verhaftung widersetzt hatte, erhielt 2 Monate, ein Arbeiter, der einen „Arbeitswilligen“ an seiner Jacke festgehalten hatte, so daß dieser an der Befestigung eines Pferdeabwagewers verhindert wurde, kam mit 14 Tagen weg usw. In den Niederlanden waren derartige Klassenurtheile bisher eine Seltenheit; sie werden deshalb die Erleichterung gegen die Bourgeoisie noch mehr steigern.

Balkan. Die Wirren in Albanien und Mazedonien. Unter den bisher verhafteten Personen befinden sich 468 Lehrer und 22 Professore. Daben sind nur 82 Serben, alle übrigen bulgarischer Nationalität. Die Pforte behauptet, daß die Bulgaren durchweg bezahlte Agenten seien; sie will sie deshalb, um der Agitation die Wurzel zu entziehen, den ganzen Sommer über in Haft behalten. — Einer Konsularverletzung aus Konstantinopel zufolge sind dort bei den Ereignissen am letzten Mittwoch acht Griechen und sechs Bulgaren getödtet, vier Griechen und drei Bulgaren verwundet worden. — In Konstantinopel sind umfassende Schutzmaßregeln gegen Dynamitattentate getroffen worden. Beim Sultanpalais wurde die Zahl der Schutzwachen verdreifacht. Bei der hohen Pforte wurden 3 Eingänge gesperrt, der Eingang zum Innern ist nur durch das große Thor des Großveziers thürs möglich. In den Sälen wurden die Scheimpolizisten stark ver mehrt. Bei der Diermannschen Bank sind die Schutzwachen verdoppelt, in den Räumen der Bank wimmelt es von Spionen, und die Behörden schließen ein anliegendes kleines Kaffee, das von ungeduldeten Leuten besetzt zu werden pflegt. Alle Diermannschen und Verwandtschaften erhalten jetzt die Diermannschen Schutzmaßregeln. In Konstantinopel sind die Straßen Tag und Nacht durch Truppen

des Sultans wurde ferner die Ausweisung aller sich vorübergehend in Konstantinopel aufhaltenden, aus dem Fürstenthum stammenden Bulgaren auf volkrechtlichem Wege genehmigt. Sie sollen Konstantinopel sofort zu verlassen, um nach Mazedonien zurückzukehren. Diese Maßnahme ist angeblich veranlaßt durch Drohungen, daß auch in Konstantinopel mit Attentaten vorgegangen werden würde.

Marokko. Die Lage bei Tetuan, das von den umliegenden Stämmen eingeschlossen wurde, ist sehr kritisch. Jede Verbindung mit der Stadt ist unterbrochen. Der Sultan hat zwar eine kleine Flotte nach Ceuta geschickt, die auf die Meere gebracht, doch dürfte diese erst in zehn Tagen dort eintreffen, bis dahin aber können die Rebellen die Stadt längt gestürmt haben. Nach weiteren Meldungen aus Ceuta haben die kuffändischen Angestellte der englischen und der französischen Post festgenommen und den französischen und englischen Konsul auffordern lassen, sich bei weiteren Briefverkehrs mit Tanger zu enthalten. Das Schicksal der spanischen Post ist unbekannt. In Tanger sind zwei Dampfer mit Munition angekommen, die für den Sultan bestimmt sind.

Afrika. Eine neue Ausländerfrage thut sich in Südafrika auf. Ein Johannesburg Telegramm berichtet, daß am Donnerstag eine große Versammlung der Jambier in Transvaal stattfand, die den Beschluß faßte, gegen die Gesetzgebung zu protestiren, durch die die Jambier gezwungen werden, in ihren Buzaren zu wohnen. Die indischen Kaufleute erblickten in dieser Verfügung den Bruch der Versprechen, die man ihnen am Vorabend des Krieges gab und die man nachher, als Pretoria besetzt wurde, wiederholte. Der Protest sagt, daß eine Gesetzgebung, wie die augenblickliche, zu den Kriegsgründen gehört habe, wie Dr. Chamberlain und Lord Landsdowne öffentlich erklärt hätten. Man ist jedoch in Johannesburg der Ansicht, daß die Jambier, angesichts der Annahme des Standpunktes, daß die Orientalen in gewisse Quartiere verwiesen werden müssen, vergeblich protestiren werden, da ein Eingehen auf die Forderungen der Jambier bei dem übrigen Publikum sehr viel böses Blut schaffen würde.

Vereinigte Staaten. Zu dem angeblichen Anschlag auf die „Ambrina“ wird neuerdings gefabelt: Die Polizei habe bereits festgestellt, daß die Silbermarke für den Warnungsbrief in einem New-Yorker Postamt an einen elegant gekleideten Herrn, offenbar einen wohlhabenden Amerikaner, verkauft worden ist. Der Zustand der Unterbeamten der Southern-Pazifischebahn ist verschoben worden; es sind Vermählungen im Werk, den Streit beizulegen. — In New-York ist durch Ausstände und Ausperserrungen, welche gegen 100 000 Arbeiter umfassen, die Bauhätigkeit völlig ins Stocken geraten. Es feiern Zimmerleute, Erdarbeiter, Fuhrleute und Biegelreicher. Die Großschmiede in Brookly haben sich dem Streik angeschlossen.

Amerika. Ein allgemeiner Steuerstreik ist in Salparaiso (Chile) ausgebrochen. Der Verkehr liegt gänzlich darnieder. Bei einem Zusammenstoß Ausständiger mit der Polizei wurden mehrere Personen getödtet bez. verwundet.

Au die Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich.

Nachdem der II. Allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands am 16. März 1903 nachstehende Resolution beschlossen hat, richten wir an oben Bezeichnete allerorts, wo derartige Vereinigungen noch nicht bestehen, das Ersuchen, nun auch möglichst bald diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Die Resolution lautet:

„Im Interesse einer planmäßigen Betreibung der Erzielung günstiger Verträge mit Apotheken, Ärzten, Krankenhäusern, Bade-Anstalten, Droguen-, Milch- und Heilmittel-Lieferanten, sowie der Ausdehnung der bestehenden Krankenfürsorge ist die Bildung von Zentral-Kommissionen sämtlicher Krankenkassen eines größeren Ortes resp. aller im Bezirk einer Aufsichtsbehörde oder Landes-Versicherungsanstalt bestehenden Krankenkassen nach Möglichkeit herbeizuführen. Diese Zentral-Kommissionen treten zu einem Verbands zusammen, für welchen für die nächsten drei Jahre Berlin mit der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins als Vorort bestimmt wird. Die Thätigkeit der bereits bestehenden Organisationen von Krankenkassen, wie der Verband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, der Verband freier Krankenkassen u. s. w., sollen durch diesen bereits auf dem ersten Kongress der Krankenkassen Deutschlands beschlossenen Verband der Zentral-Kommissionen, der lediglich eine Vertretung für die allen Versicherten gemeinsamen Interessen darstellt, in keiner Weise in ihrem Arbeitsgebiete beeinträchtigt werden. Ein Statuten-Entwurf für diesen Verband der Zentral-Kommissionen ist von der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins auszuarbeiten und baldmöglichst den bereits bestehenden Zentral-Kommissionen und Verbänden von Krankenkassen zur Begutachtung zu unterbreiten.“

Es sollen die Kassen sich nicht auf ihre eventl. einzelnen Kassengruppen-Vereinigungen verlassen, sondern es erscheint ein Zusammenschluß aller Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Zünfts- und freien Hilfskassen u. dergleichen dringend geboten. Die Ärzte, Apotheker u. s. w. sind in festen Vereinigungen über das ganze Reich organisiert. Die Krankenkassen dagegen stehen vereinzelt, oder höchstens in einzelnen Gruppen organisiert da. Entsteht nun an irgend einem Ort zwischen den Beteiligten ein Konflikt, so sind die einzelnen Kassen den Forderungen der Betroffenen vollständig preisgegeben. Dieses ist nicht nur bei obiger Angelegenheit, sondern in vielen ähnlichen Sachen auch der Fall. Werden Wünsche oder Forderungen an die Regierung, Behörden oder ähnliche Institutionen seitens der Kassen gerichtet, so werden dieselben bedeutend mehr Beachtung finden, wenn dieselben von allen Kassen an einem Orte gemeinschaftlich gestellt werden. Man kann dann nicht sagen, das ist nur der Wunsch der einzelnen Kassen, sondern man muß damit rechnen, daß dieses ein Wunsch der gesamten Kassen-Vorstände und ihrer Mitglieder ist. Und darum rufen wir

Zhnen nochmals im Namen des Kongresses zu: „Krankentassen Deutschlands vereinigt Euch!“ Und wer nicht Sonderinteressen verfolgt, wenn an der gesundheitlichen Besserstellung der Mitglieder wirklich gelegen ist, der wird dem Standpunkt der Kongressmitglieder huldigen und dafür mit aller Entschiedenheit eintreten, daß dieser Beschluß nun auch in die Tat umgesetzt wird.

Wir ersuchen daher die Klassen Vorstände resp. Klassenvereinigungen, uns möglichst umgehend folgendes mitzuteilen zu wollen.

1. Was für eine Organisation ist am Orte, welche Klassen resp. Klassengruppen gehören der Vereinigung an?

2. Wieviel Krankentassen und welche, mit wieviel Mitglieder, befinden sich überhaupt am Orte?

Falls eine Organisation vorhanden ist, erbitten wir uns neben der Verantwortung dieser Fragen zugleich ein Statut derselben mitsenden zu wollen. Nachdem dieses geschehen, werden wir Ihnen, dem Beschluß des Kongresses gemäß, einen Entwurf der Satzung zugehen lassen, welcher den einzelnen Lokalorganisationen als Richtschnur dienen soll. Die Klassen leisten heute schon viel, aber durch ein einmütiges, gemeinsames Zusammengehen können für die Klassen, sowie für ihre Mitglieder noch bedeutendere Vorteile und Einrichtungen in humanitärer und sanitärer Beziehung erreicht werden. Dieses mögen sich die einzelnen Klassen-Vorstände gesagt sein lassen.

Die neu zu schaffende Organisation soll nicht etwa den bereits bestehenden Klassen-Verbänden Abbruch tun. Nein, das Gegenteil wird angestrebt, und wir empfehlen jeder einzelnen Klasse, den für sie in Betracht kommenden Verbänden, soweit dieses noch nicht geschehen ist, beizutreten. Aber neben dieser einzelnen Klassengruppen-Organisation muß ein einheitliches Band alle Klassen zusammen halten.

Darum hoffen wir, daß Sie diesem einheitlich gefaßten Beschluß des Kongresses entsprechen und für die einheitliche Organisation aller deutschen Krankentassen wirken werden.

Die Herren Delegierten bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß das Protokoll des letzten Kongresses die weiteste Verbreitung findet.

Berlin, im April 1903.

Die Zentral-Kommission der Krankentassen Deutschlands.

J. A. E. Simanowski,
Engel-Ufer Nr. 15 III, Zimmer 37.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 13. Mai 1903.

Eine die Auslegung der Wählerlisten zur Reichstagswahl betreffende Bekanntmachung des Polizeiamts hat folgenden Wortlaut: In Bezug auf die bevorstehende Wahl eines Reichstags-Abgeordneten für den Wahlkreis Lübeck bringt das Polizeiamt Nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Die Wählerlisten für die Wahlbezirke der Stadt Lübeck und deren Vorstädte werden an den Werktagen

vom Montag, den 18. Mai,
bis Montag, den 25. Mai einschließlich
von vormittags 9 Uhr
außerdem am Simmelfahrtstage, den 21. Mai,
und am Sonntage, den 24. Mai,
von 11 bis 1 Uhr Mittags

im Hause Parade Nr. 1 im Erdgeschoß zu Jedermanns Einsicht ausgelegt sein.

Wer die Listen für unrichtig oder für unvollständig hält, kann dies ebendasselbst während der vorbemerkten Zeiten zu Protokoll geben, oder dem Polizeiamte schriftlich anzeigen und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen.

Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Erinnerung sofort für begründet erachtet wird, durch den Bürgerausschuß.

Nach Erledigung etwaiger Einsprüche werden die Wählerlisten geschlossen.

Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Mag Herr Gebhard nicht mehr? Am gestrigen Tage wurde das Gerücht verbreitet, Herr Gebhard beabsichtige, von seiner Kandidatur zurückzutreten. Nachdem auch das freisinnige Organ von demselben Notiz nimmt, halten wir es nur für ein Gerücht, das sich nicht bestätigt. Nachdem Herr Direktor Gebhard wohl nur der Rath gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Kandidatur übernommen hat, wird er sie auch beibehalten; es sei denn, daß sich hinter den Kulissen des Reichsvereins etwas Sonderbares abgespielt hat. — Das freisinnige Organ knüpft an die Meldung von dem Gerücht folgende etwas komisch klingende Bemerkung: „Würde Herr Direktor Gebhard zurücktreten, so würde ihm ein solcher Schritt vom Bürgerthum, dessen Mehrheit Herrn Pape wählen wird, hochangerechnet werden. Es ist auch früher schon ein Kandidat der freisinnigen Volkspartei zu Gunsten der Einigung des Bürgerthums von seiner Kandidatur zurückgetreten, nämlich der alte Herr Schacht zu Gunsten von Herrn Dr. Görk. Das hohe Ansehen, dessen Herr Schacht sich erfreute, litt dadurch nicht das Geringste. Auch Herr Direktor Gebhard würde in weiten Volkskreisen sich lebhafteste Sympathie erringen, wenn er seine unter den gegebenen Verhältnissen aussichtslose Kandidatur zurückziehe.“ Wie wäre es, wenn Herr Pape seine mindestens ebenso aussichtslose Kandidatur niederlegen würde? Vielleicht folgt dann Herr Direktor Gebhard auch noch nach. — Uebrigens wird das Gerücht von der Niederlegung der Kandidatur Gebhard schon dadurch widerlegt, daß heute Morgen der zur Wahl des Herrn Gebhard auffordernde Aufruf des Zentralwahlkomitees des Reichsvereins, auf den wir noch zurückkommen, erschienen ist. Die Freisinnigen sind also um eine Hoffnung ärmer!

Einen Zurückzieher haben die Nationalsozialen und insbesondere ihr Provinzial-Sekretär Herr Kuhlmann gemacht. Bekanntlich hatte letztgenannter Herr einer unserer letzten einberufenen Wählerversammlung in Gütin auf eine diesbezügliche Bemerkung des Genossen

Stellung erklärt, die Nationalsozialen würden bei einer evtl. Stichwahl zwischen einem Anhänger der Brodwucherpartei und einem Sozialdemokraten Letzterem ihre Stimme geben. Darob herrschte f. B. natürlich große Entrüstung bei den übrigen bürgerlichen Parteien, insbesondere bei den heftigen Freisinnigen. Das Organ der Letzteren nagelte diese Neuerung ausdrücklich fest und bezeichnete die Nationalsozialen indirekt als Helfershelfer der Sozialdemokratie. Die „Zeitschrift Nachrichten“ titulierten die Nationalliberalen sogar als verkappte Sozialdemokraten. Und das alles hatte Herr Kuhlmann mit obiger Neuerung bewirkt. Eine solche „Blamage“ konnten natürlich die Nationalsozialen nicht auf sich lassen; Herr Kuhlmann wurde von Herrn Kaumann „reklamiert“. Dieses geschah jedoch nicht öffentlich, sondern Herr Kuhlmann erhielt, Lebensfalls in einer vertraulichen Sitzung einen „Wink mit'n Thunpaal“. Die Freisinnigen ließen jedoch nicht locker, sondern interpellierten Herrn Kuhlmann in einer dieser Tage in Gütin abgehaltenen freisinnigen Wählerversammlung. Jetzt mußte dieser mit der Sprache heraus und so erklärte er denn auf die Anfrage des Herrn Pape, „ob seine durch die Zeitungen gegangene Neuerung, die Nationalsozialen würden in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten, richtig sei“ folgendes: „Eine ähnliche von ihm gemachte Neuerung sei von Kaumann reklamiert und als Privatmeinung charakterisiert. Die Nationalsozialen würden ihre Stellungnahme zur Stichwahl sodann davon abhängig machen, wie sich die Sozialdemokraten zu ihrem Programm stellen würden.“ Man läßt also jetzt auch auf nationalsozialer Seite gleich den übrigen um die Gunst der Arbeiter tühlenden bürgerlichen Parteien wie die Frage um den heißen Brei heruum. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum nationalsozialen Programm ist doch jenen Herren zur Genüge bekannt, jedoch es hier also gar keines weiteren Ueberlegens bedarf, wenn es sich darum handelt, wen die Nationalsozialen bei einer Stichwahl zwischen einem Anhänger der Brodwucherpartei und einem Sozialdemokraten unterstützen wollen. Die letzte Erklärung des Herrn Kuhlmann ist also weiter nichts als eine faule Ausrede. Gleich mit Herrn Kaumann an der Spitze doch immer als entschiedene Befürworter der brodwucherischen Bestrebungen auftraten, bei einer Stichwahl lieber einen zöllnerischen Kandidaten, als einen Sozialdemokraten direkt oder indirekt — durch Stimmenthaltung — unterstützen. Daß dieses Jugendsündchen jetzt erfolgt, trägt wesentlich zur Klärung der Sachlage bei. Es bestätigt, daß sich die Nationalsozialen von keiner anderen bürgerlichen Partei unterscheiden, daß es sich auch bei ihnen ausschließlich nur um die Bekämpfung der Sozialdemokratie, einerlei, mit welchen Mitteln, handelt. Wir danken Herrn Kuhlmann für seine neueste Erklärung, die alle Zweifel über das wahre Wesen jener Partei beseitigt. Und wir werden auch im Wahlkampfe dafür Sorge tragen, daß dieses Possenspiel der Nationalsozialen allen Wählern bekannt wird, damit diese am 16. Juni auch jenen Herren die richtige Antwort ertheilen können.

Für die Ausfüllung der Wählerlisten wird nach dem „Borm“ in München ein praktisches Verfahren angewandt. Jeder Wähler, der in die Liste aufgenommen worden ist, erhält per Postkarte eine amtliche Benachrichtigung über seine Eintragung mit Angabe des Bezirks und seiner Nummer in der Liste. Mit der Versendung dieser Karten wird bereits am 12. Mai, 8 Tage vor der Auslegung der Listen, begonnen. Jeder, der diese Karte erhält, hat damit die Gewißheit, daß er in der Liste steht und kann sich das Nachsehen erlauben; wer sie nicht bekommt, kann mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß er nicht in der Liste steht und sofort die nötigen Schritte unternehmen, um seine Nachtragung zu veranlassen. Außerdem kann der Wähler die Karte zur Stimmabgabe mitbringen und durch Angabe seiner Listennummer das Wahlgeschäft beschleunigen helfen.

Die Nationalsozialen kämpfen mit allen nur erdenklichen Mitteln, um Propaganda für ihre Sache zu machen. So haben sie für heute Abend einen „öffentlichen“ Vortrag über den Einfluß der Kartelle auf das Wirtschaftsleben angekündigt. Zu diesem öffentlichen Vortrag — um einen solchen handelt es sich nach einer redaktionellen Notiz im national-sozial-unparteiischen „General-Anzeiger“ — würde also Jeder Zutritt haben. Doch die Sache liegt etwas anders. Seitens des Vorstandes des nationalsozialen Vereins ist ein Zirkular verfaßt worden, in dem es ausdrücklich heißt, daß der Referent vor einem besonders geladenen kammernischen Publikum sprechen wird. Es haben also nur diejenigen Zutritt, welche in Besitz einer Einladung sind. Und dennoch ist es nach dem „Gen.-Anz.“ ein öffentlicher Vortrag! Wie will man diesen Widerspruch erklären?

Das kommt davon! Bekanntlich ist die Große Burgstraße anlässlich des Stempelerstreiks von den Herren Meistern in Verbindung mit Arbeitswilligen theilweise fertig geschmiedet worden. Nimmehr, nachdem der Streik beendet ist, stellt sich heraus, daß die dort von diesen Leuten verrichtete Arbeit gar nicht zu gebrauchen ist. Es zeigen sich an verschiedenen Stellen der Straße Löcher, so daß man gezwungen ist, einen Theil der Neupflasterung wieder aufzureißen. Die Herren Meister und ihre „Gesellen“ haben also Recht mit ihrer unter Verlust mancher Schweifstropfen vollbrachten Arbeit gehabt. Nun, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen!

Aus dem Gerichtssaal. Der vielfach vorbestrafte Schneider L. hieß eines Tages in der Braunschweigstraße ein Fahrrad mitgehen. Er kam hiermit jedoch nicht sehr weit, denn schon nach einigen Minuten erlitt ihn sein Schicksal. Ein Schuhmann nahm sich seiner an und brachte ihn hinter schwebende Gardinen. Die Strafkammer verurtheilte den Liebhaber billiger Fahrräder zu 1 Jahr Zuchthaus. — Als zu sehr der Hitze zugelassen hatte der Arbeiter P., der im laufenden Galopp mit einem Fahrwerk seines Dienstherrn durch Gohorst jagte. Das Opfer dieser wilden Jagd war ein Knecht, den der Angeklagte mit dem Gefährt umfuhr. Dieser erlitt eine glücklicher Weise nicht sehr schwere Verletzung am Schenkel. 30 Mark Geldstrafe waren die Folgen dieser durch Trunkenheit verursachten fahrlässigen Körperverletzung.

Von nur kurzer Dauer war die Freiheit, deren sich die beiden Ausbrecher aus dem Marzallgefängnis zu erfreuen hatten. Dieselben sind gestern Abend auf Marli wieder eingekerkert worden. Die nothwendigen Lebensmittel hatten sie sich Montag Nacht durch einen Einbruch in die Kammer der Schießstände der Wesloe verschafft. Am Tage hielten sie sich dann im Wesloer Holz auf, um Nachts auf Streizüge zu gehen. Das hatten sich auch die Kriminalbeamten zu Nütze gemacht, die gestern Abend beim Eintritt der Dunkelheit die Brandenbaumer Chaussee abpa. uüllirten. Es gelang ihnen, zunächst den Hochstift abzufassen und in Sicherheit zu bringen. Eine Stunde später erschien auch Gutow auf dem Wege nach der Stadt. Er leistete seiner Verhaftung energischen Widerstand entgegen und be-

trübt, der Besuchte zu sein. Eine daraufhin vorgenommene Untersuchung im Backstübchen der neuen Kaserne ergab, daß G. mit einem durch den Stempel feintüchtigen Gend des Marzallgefängnisses bekleidet war. Jetzt räumte er ein, Gutow zu sein. Auch er wurde sofort wieder dem Gefängnis zugeführt.

Zu einer Landwehrübung sind etwa 200 Landwehrleute des Jahrganges 1895 einberufen worden. Die Übung beginnt am 2. Juni und endigt am 15. desselben Monats, sodas also diese Leute am 16. ihr Wahlrecht ausüben können.

Schuhmachergefellen für Hamburg werden im hiesigen „General-Anzeiger“ gesucht. Wir warnen die Lübecker Schuhmacher, nach Hamburg zu gehen, da sich ihre dortigen Kollegen im Streik befinden. Falls also kein Schuhmacher seinen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse ringenden Hamburger Kollegen in den Rücken!

Als Unterloosten angestellt sind ab 1. Juni seitens des Senats die Steuerleute J. C. J. Witt, P. C. D. Stein, G. B. G. Schults und J. C. G. Wulff.

Konkursöffnung. Ueber den Nachlaß des am 3. April 1903 in Lübeck verstorbenen Schuhmachers Chr. W. H. Hamann ist am 11. Mai 1903, Nachmittags halb 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Benzowitz zum Konkursverwalter ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 4. Juni beim Amtsgericht, Abth. II, anzumelden.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll das Grundstück des Maurers J. H. H. Müllin, belegen Glandorpsstraße 40, am 26. Juni verkauft werden.

Das Volksfest findet in diesem Jahre am 19. und 20. Juli statt. Der bei dem vorjährigen Feste erzielte Ueberschuß beträgt 124,39 Mk.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Gewerkschaftskartelle von Hamburg und Altona-Orten haben beschlossen, das seit mehreren Jahren in Altona bestehende Arbeitersekretariat mit dem in Hamburg bestehenden Sekretariat zu verschmelzen. — Ja Schiffsbet bei Hamburg stehen seit dem 11. Mai sämtliche Fischer wegen Einführung der 14tägigen Arbeitszeit und einwöchender Lohnerhöhung im Streik. — In Lüneburg reichten 156 Böttcher der Zaffabrik von Nechensbach die Kündigung ein, weil der Arbeitgeber eine „Neuregelung“ der Lohnzahlung vorgenommen hatte. — Die Maurer in Schwaan haben beschlossen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Die Unternehmer weigern sich, in Unterhandlung mit dem Gesellen-Ausschuß einzutreten. Thatsächlich haben am Montag 64 Maurer die Arbeit nicht aufgenommen. Zugun nach Schwaan ist strengstens fernzuhalten. — Die Klempner in Bremen sind seit Montag ausständig. Sie fordern eine Lohnerhöhung.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Hamburger Dampfer „Woglinde“, der bei Gyllefrog gestrandet war, ist flott gemacht und nach Gedder geschifft worden. — In Altona ist ein 12jähriger Knabe beim Segeln ertrunken. — Weil er der Wirthschafterin mit einem scharfen Instrument die Nasenspitze abgeschnitten hatte, erhielt in Gadebusch der Arbeiter Luch 3 Monate Gefängnis. — Der Werbehändler S. in Gnodien hat seine Zahlungen eingestellt. Die Schuldenlast beträgt 15000 Mark. Zahlreiche Bewohner Gnodiens sind schwer geschädigt. S. ist verhaftet. — Auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen ist ein für den Norddeutschen Lloyd erbauter, 3000 Tons großer, für den Verkehr nach Neu-Guinea bestimmter Reichspostdampfer vom Stapel gelauten.

Grevesmühlen. Eine liberale Wähler-Versammlung, die Dienstag Abend im „Schützenhof“ stattfand, war außerordentlich gut besucht; allerdings ist dabei zu bemerken, daß besonders unsere Genossen äußerst zahlreich vertreten waren. An Stelle des angekündigten Berliner Referenten, der am Erscheinen verhindert war, sprach Herr Chefredakteur Wienandt aus Lübeck zu Gunsten des liberalen Kandidaten Wenzel-Hamburg. Seinen, wie anerkannt sein soll, sachlichen Ausführungen, trat in der Diskussion, die, wie üblich, auf 15 Minuten beschränkt war, Genosse Friedrich-Lübeck entgegen, der in wirksamer Weise und unter dem lebhaften Beifall der anwesenden Arbeiter für unseren Kandidaten, den Genossen Barreis, eintrat. War Herr Wienandt in seinem fünfminütigen Vortrage sachlich gewesen, so holte er um so mehr in seinem Schlussworte nach, was er bisher versäumt hatte: er verließ sich zu einer regelrechten Sozialistenpauke à la Eugen. Die der recht spärliche Beifall am Schlusse bewies, prallten jedoch seine Ausführungen ziemlich wirkungslos ab. Hervorheben wollen wir noch, daß die Versammlung, die im Uebrigen sehr ruhig verlief, mit einem Hoch auf Kaiser und Großherzog eröffnet wurde. Eine derartige Anhöhererei sollte aber in öffentlichen Wähler-versammlungen, wo Leute so ganz verschiedener Stimmung vertreten sind, lieber unterbleiben. Es können sich daraus unter Umständen recht unangenehme Konflikte ergeben.

Hamburg. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich, wie schon kurz gemeldet, am Montag Morgen um 5 1/2 Uhr in der Schauenburgerstraße beim Umbau des Mantelgeschäfts von Enno Welsch Nachf. durch Anlage einer Verbindung mit den Geschäftsräumen in der Johannisstraße. Zu diesem Zweck wird ein Gebäude in der Schauenburgerstraße abgerissen, um einem Neubau Platz zu machen. Drei bei dem Umbau beschäftigte Maurer-arbeitsleute haben, wie gesagt wird, entgegen einem Verbot, das in der Höhe des zweiten Stockwerks angebrachte Schutzdach betreten, wobei dieses herabstürzte und mit ihm die drei Maurer-arbeitsleute, die unter Schutz und Trümmern zu liegen kamen, jedoch bald von ihren Kameraden befreit wurden. Trotzdem war der Arbeiter Korzschewski bereits todt. Von den am Leben Gebliebenen ist der Arbeiter Görk schwer, Fellau leichter verletzt. Am Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr ereignete sich an demselben Neubau ein zweiter Einsturz. Diesmal war es eine Treppe, welche einstürzte und vier Arbeiter mit in die Tiefe riß. Zwei Arbeiter kamen ohne Verletzungen davon, während der Zimmerer Wieg und der Tischler Klein erhebliche Verletzungen davontrugen. Die genährlich, sind auch die Unternehmer wieder bestrbt, den Arbeitern alle Schuld an dem Unfall aufzuhalten. Wenn aber an einem Bau die Unfälle derartig sich häufen, dann muß doch unbedingt etwas faul sein in der Leitung.

Bremen. Von der Absperrung. In einer vom Arbeiterausschuß des Bremer Vulkan in Begleitung einberufenen Versammlung der Mieter wurde am Freitag eine Resolution angenommen, welche besagt, „daß die ausgesperrten Mieter den Nachaktionen des „Bremer Vulkan“ feilschlig gegenüberstehen und nur auf Grund des im Februar mit der Direktion vereinbarten Tarifs die Arbeit wieder aufnehmen werden.“ — Auch die Gewerkschaftskartelle von Bremen, Bremerhaven und Begefac haben zu der Angelegenheit Stellung genommen. Nach eingehender Besprechung erfolgte in der Sitzung sämmtlicher Kartelle die einstimmige Annahme fol-

genger Resolution: Die Gewerkschaftskarte in Bremen, Bremen und Vegesack erklären als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft der in Betracht kommenden Orte in Bezug auf die Bekämpfung des Arbeitgeberverbandes vom 8. Mai 1903: Die Gewerkschaftskarte weisen den Versuch des Arbeitgeberverbandes, die Differenzen einzelner Betriebe mit einzelnen Gewerkschaften auf die Gesamtarbeiterschaft auszuhebeln, als völlig unmotiviert und unberechtigt zurück. Die Karte erklären sich mit der Haltung der bisher an den Differenzen beteiligten Gewerkschaften einverstanden, zumal diese kein Mittel unversucht gelassen haben, um einen friedlichen Austrag der Streitigkeiten zu ermöglichen. Sollte der Arbeitgeberverband seine Drohung verwirklichen und damit einen wirtschaftlichen Kampf mit unübersehbaren Folgen für das Gewerbeleben der Unterwesertore heraufbeschwören, so trifft ihn allein die volle Verantwortung. Die organisierte Arbeiterschaft ist sich des Grades der Situation voll bewusst. Sie sieht der Entwicklung der Dinge in der nächsten Zeit mit Ruhe entgegen. In einem etwaigen, ihr von den Arbeitgebern aufgezwungenen Kampfe wird sie die Interessen und die Ehre der organisierten Arbeiterschaft mit unbeugbarer Entschlossenheit zu wahren wissen. — Die Antwort der Karte auf die Kriegserklärung des Arbeitgeberverbandes ist eine der Sachlage durchaus angemessene, sie ist ernst und würdig, ganz wie es Arbeitern geziemt.

Legte Nachrichten.

Berlin. Ein Lustmordversuch wurde Montag Nachmittag auf den königlichen Wiesen bei Hirdorf an einem 7-jährigen Mädchen von einem etwa dreißigjährigen Mann verübt. Der Unmensch, welcher das Kind mit einem Messer schwer verletzte, entkam.

Magdeburg. Eine furchtbare Familien-tragödie spielte sich Dienstag Vormittag im Hause Littenbergerstraße 4 ab. Die Schuhmachersfrau Barfels, deren Mann an einer Gehirnhautentzündung schwer daniederliegt und mit dem Tode ringt, erdrohete aus Verzweiflung zunächst ihre vierjährige Tochter, erkrankte darauf ihr einjähriges Söhnchen in einem Wassereimer und erhängte schließlich sich selbst. Der Ehemann ist vorläufig ins Krankenhaus gebracht worden.

Bamberg. Habeneckern. Sonntag Abend fand man in der Wohnung des Hausdieners Schuegraf dessen einjähriges Töchterchen in völlig verwahrlohtem Zustand auf. Das arme Kind bot einen bedauerlichen Anblick; es war zum Stehen abgemagert. Wenige Stunden nach der Abführung starb es an Entkräftung. Die Habeneckern, die sich tagelang nicht um ihr eigenes Kind kümmerten, wurden verhaftet.

Omä. Felssturz. Wie der „Rheinische Kurier“ aus Bad Omä meldet, hat sich infolge des andauernden Negenwetters hinter dem Hotel „Mannauer Hof“ eine Felswand von 200 Kubikmeter Größe gelöst und im Sonntag Abend zusammengefallen. Menschen sind dabei nicht verunglückt, auch ist keine Mineralquelle gefährdet.

Fädingen. Ein folgenschweres Liebesdrama spielte sich am Montag während einer Hochzeitsfeier in Fädingen (L.-M. Rottenburg) ab. Der 24-jährige Gramer gab, als ihm seine Geliebte Mayer das

Liebesverhältnis kündigte, auf diese einen Revolvererschuss ab, der das junge Mädchen zu Boden streckte. Gramer erschoss sich darauf selbst. Die Mayer lebt noch, ist aber so schwer verletzt, daß ihr Ableben kühnlich zu erwarten ist.

Graz. Die furchtbare Feuersbrunst, welche in Windischgrätz wüthete, hat den dritten Theil der Stadt vernichtet. Innerhalb kurzer Zeit wurden achtzig große Bauobjekte eingeebnet. Es herrschte ein gewaltiger Sturzsturm, jedoch an die Rettung irgend welchen Eigenthums nicht gedacht werden konnte. Die Obdachlosen kampirten am Bahnhof, die Feuerwehren von Marburg, Untercrauburg und sieben anderen Orten, sowie Infanterie aus Klagenfurt leisteten Windischgrätz vor der gänzlichen Vernichtung. Trotzdem wird der Schaden auf eine halbe Million Kronen geschätzt.

Paris. Ein furchtbares Familien-Drama hat sich in dem kleinen Die Ves Vignes de Mende abgespielt. Die Frau eines Bauern ließ, nachdem sie eine junge Ziege im Beisein ihrer beiden Kinder geschlachtet hatte, diese allein zurück. Während ihrer Abwesenheit ergriff das ältere Kind, ein 7-jähriger Bube, das noch von Blute der Ziege roth gefärbte Messer und erschlug mit diesem seinen kaum 3-jährigen, in der Wiege schlummernden Bruder und verstückelte den Leichnam in entsetzlicher Weise. Als die Frau zurückkehrte, gerieth sie über das furchtbare Schauspiel in so wahrnimmige Wuth, daß sie den jugendlichen Mörder beim Halse faßte und erwürgte. Sie suchte sich dann selbst den Tod zu geben, wurde aber von herbeieilenden Nachbarn daran gehindert.

Liverpool. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann Dienstag der Prozeß gegen die Matrosen Monson, Rau und Smith wegen Ermordung des Kapitän's und vier Mann der „Peronika“. Alle drei Angeklagten behaupten, unschuldig zu sein.

Lima. Die Pest in Peru. Der Hamburger peruianische Generalconsul hat eine amtliche vom Montag datirte Depesche aus Lima erhalten, worin mitgetheilt wird, daß bis jetzt in Callao nur vier Pestfälle und seit dem 7. ds. Mts. keine neuen vorgekommen seien. Lima und Ancon seien pestfrei. Ancon sei zum Ein- und Ausfuhrhafen erklärt.

Parteigenossen! Gedenkt des Wahlfonds!

Aus Nah und Fern.

Auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich der bayerischen — sind im Monat März d. J. 11 Entgeltungen auf freier Bahn (davon bei 4 Personenzügen), 13 Entgeltungen in Stationen (davon bei 6 Personenzügen), 2 Zusammenstöße auf freier Bahn (beide bei Güterzügen), 15 Zusammenstöße in Stationen (davon 3 bei Personenzügen)

vorgekommen. Dabei wurden 6 Reisende, 17 Bahnedienstleute und 8 Postbedienstete verletzt.

Eine fruchtbare Familie. In Anglesey (England) starb vorige Woche Mrs. Mary Williams im Alter von achtundachtzig Jahren. Ihr Gatte war vor einem Jahre mit siebenundachtzig Jahren gestorben. Mehr noch als durch sein gewiß respektables Alter ist das Paar durch seine zahlreiche Nachkommenschaft bemerkenswert. Es lebte 65 Jahre in glücklicher Ehe, hinterließ zehn Kinder, siebenunddreißig Enkel und dreißigfünfzig Urenkel, also das nette Sämmlchen von hundert Nachkommen. Das soll ihnen erst jemand nachmachen.

Die Nützlichkeit des Kuckucks ist zwar im Allgemeinen bekannt, noch selten ist sie aber in so umfangreicher Weise bewiesen worden, wie durch eine Reihe von Untersuchungen, die vor einiger Zeit in der biologischen Abtheilung der landwirthschaftlichen Staatsbehörde der Vereinigten Staaten Nordamerikas von den Professoren Deak und Judd vorgenommen wurden. Die Forscher hatten 109 Magen des gelbknäueligen und 46 von den schwarzknäueligen Kuckucks zur Verfügung, deren Besitzer in der Jahreszeit vom Mai bis Oktober gefangen worden waren. Nur einer von diesen 155 Magen enthielt auch Pflanzennahrung. Sonst bestand der Inhalt aus Käfern, Heuschrecken, Grillen, Wanzen, Ameisen, Wespen, Fliegen, Raupen und Spinnen; Heuschrecken und Raupen waren allein zu drei Vierteln vorhanden. Die meisten der vorgefundenen Insekten gehörten zu schädlichen Arten. Außer den eigentlichen Insekten fand Professor Deak im Kuckucksmagen auch zahlreiche Spinnen und zwar aus den langbeinigen Arten der Phalangiden. Ein einziger Magen enthielt die Reste von deren sieben, und die langen Beine der verzehrten Spinnen hatten sich zu einer wirren Masse verschlungen, die wie ein Büschel rauher Haare aussah. Wenn in Betracht gezogen wird, wie unangenehm diese Spinnen riechen, daß ihre langen Beine sie an sich nicht als einen Leckerbissen erscheinen lassen, und daß ihr Körper mit einer rauhen, am Sandpapier erinnernden Haut bedeckt ist, so muß man dem merkwürdigen Geschmack des Kuckucks Bewunderung zollen. Der sonderbarste Fund im Magen eines der geopferten Kuckucks war ein kleiner Laubfrosch, der als Ganzes verschlungen war.

Die Sanja-Meierei bringt ein Milch-Ruchbuch an ihre Kunden zur Vertheilung. Dasselbe enthält über 150 erprobte Recepte.

Streufrucht-Biehmarkt.

Hamburg, 12. Mai.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 3000 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verkaufschweine, schwere 48—50 Mt., leichte 48—50 Mt., Sauen 43—48 Mt. und Ferkel 45—49 Mt. pro 100 Pfund.

Die Beerdigung meines verstorbenen Mannes Hermann Kossmann

findet am Freitag den 15. Mai, Vorm. 9. Uhr, von der Leichenhalle Burgthor aus statt.

Emma Kossmann, geb. Jarabsen.

Ganze Nacht entsetzt in Folge eines langwierigen Leber Leber Julius im Alter von 2 Jahren. Die Behandlung von seinen Eltern u. Schwestern 2, 5, 12, 5 H. Wackendorf u. Frau

Alte Dornstraße Heiner. Soroe, Bürger. 46

Ein Fahrrad billig zu verkaufen. Dorotheenstr. 8, 2. St.

Duroleum

bestes Fußboden-Glanzöl. Pfund 55 Pfg.

beste Bohner-Weisse. 1 Pfd.-Doze 90 Pfg.

Bohnermehl, Schenkermehl, Backwaaren empfohlen.

Ludw. Hartwig

Chertrave 8. Filiale: Hartrave 69.

Doppelt gekochtes

Fußbodenöl 60 Pfg.

Lacköl Pfd. 80 Pfg.

Seine Fußbodenöle werden in einer Nacht ohne Anstreifen mit diesem Öl.

John Becker

Drogen u. Farben, Dornestr. 29.

Sarg-Magazin

Georg Behneck

4 Warendorferstraße 4 (St. Lorenz).

Entwickelt eine Lage von fertigen Särgen in allen Größen und Beschaffen bei vorzüglicher Ausstattung zu billigen Preisen.

Carthago-Alteisen u. Waagen in großer Auswahl.

15. Mai

Eröffnung des Milchtrinkgartens der Hansa-Meierei.

Milchgetränke und Milchspeisen nach der Karte.

— Dienstag und Sonntag sind Waffeltage. —
Montags bleibt der Garten geschlossen.

Neu aufgenommen: Sana und Milch-Sekt

welche ca. vom 20. Mai ab zum Ausschank gelangen.

Ludw. Hartwig



Santefuh-,
Krummweiser-,
Hartwig's
K ü m m e l
mit feinsten
Spirituosen
en gros
en detail.

Chertrave 8.
Filiale: Hartrave 69.

Möbelkäufer

ein großes Lager von jeder Art gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folckers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Liebnecht's Fremdwörterbuch

in 13 Lieferungen à 20 Pfg. Gebd. 3,20 Mt.

Buchhandlung von Friedr. Mayer & Co.

Hau- und Hobelspähne

unverzüglich abzugeben.

H. Höller, Zimmerblas, Cronsförder Allee.

Eine seltene Einkaufsgelegenheit für wenig Geld

fertige eleg. Herren- u. Knaben-Garderoben zu erhalten, bietet der

Total-Ausverkauf

unseres gesamten Waarenlagers wegen vollständiger

Auflösung

des Etagegeschäfts anderweitiger Unternehmungen wegen.

Sämmtliche aus früheren Abschlüssen noch eintreffenden Waaren werden ebenfalls zu herabgesetzten Preisen total geräumt. Es werden gegen Baarzahlung bis auf das letzte Stück ausverkauft:

Herren-Anzüge schon von Mk. 5 1/2 an.
Herren-Paletots schon von Mk. 5 an.
Herren-Hosen schon von Mk. 1 an.
Herren-Westen schon von 90 Pfg. an.
Knaben-Anzüge schon von Mk. 1 1/4 an.
Sämmtl. Winter-Paletots, Joppen etc. werden zu

Auktionspreisen

total ausverkauft.

Arbeiter-Garderoben u. Berufskleidung ganz enorm billig!

Welthaus Gold. 33

an der Breitestrasse 33, 1. Et.

Geschäfts- und Kontor-Einrichtung ist billig zu verkaufen.

Kein Laden!

Achtung!

Donnerstag den 14. Mai, Abends 8 Uhr:

Grosses Orchester-Konzert

angeführt von 12 Herren.

Sämmtliche Komplets werden Abends vor dem ganzen Orchester begleitet.

L. Puls, der Original-Humorist,

Gr. Burgstraße 11.

Eintritt frei. à Seidel 15 Pfg.

Erwünschter Bekanntheit für den genannten Inhalt der Zeitung und Anzeigen der Anstalt „Mittel und Nachbargemeinde“, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Steiling. — Verleger: Theodor Schwarz und sein Friedr. Meyer & Co. — Verantwortl. in Lübeck.

Vor 25 Jahren.

Am Sonnabend, den 11. Mai, Nachmittags 4 Uhr, malte der arbeitslose Klempnergehilfe Hödel in Berlin Unter den Linden einige Revolverpatronen in die Luft, als eben der Kaiser vorbeifuhr. Diese Schüsse waren für Bismarck, der damals rathlos in Friedrichstraße saß, das Signal, alle Hände gegen die Sozialdemokratie loszulassen, um in der allgemeinen Verwirrung eines wilden Kesseltreibens die allzu mächtigen Liberalen unter die Räder zu bringen. Prompt telegraphierte er an das preussische Ministerium des Innern zurück: „Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie!“ — und schon am 20. Mai erschien der Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen, der nach dreitägiger Beratung mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt wurde. Der erste Schlag, zu dem ein blinder Zufall die Handhabe geboten, war fehlgegangen; man brauchte eine wiederholte Dosis — und am 2. Juni brachte Nobilings Schrotflinte. Am 11. Juni beschloß der Bundesrat die Auflösung des Reichstags, am 30. Juli fanden die Neuwahlen zum Reichstag statt, welche die liberale Mehrheit zertrümmerten und die Bahn für die Ära der Auspöcherungs- und Unterdrückungspolitik frei machten. Bismarck machte seinen Frieden mit der Kirche, veröhnte sich mit den konservativen „Defakanten“ und spannte die Nationalliberalen, die er an die Wand gedrückt hatte, daß sie quieszierend, triumphierend an den neuen Kartellwagen an. Die Schießerei der Hödel und Nobiling war für ihn eine „rettende That“ gewesen.

Ueber dem Nobilingschen Attentat brüht heute noch unüberwindliches Dunkel. Die gerichtliche Aufklärung dieses Verbrechens ist nie publiziert worden; man hatte wohl Ursache, eine derartige Veröffentlichung zu scheuen. Der Tod Nobilings, der am 10. September, angeblich infolge einer Lungenlähmung, erfolgte, hat der Staatsverbrechen die Notwendigkeit erspart, die Vorgeschichte und die wahren Motive dieses Attentats im hellen Lichte des Gerichtssaales zur Feststellung bringen zu lassen. Wohl aber setzte die Bismarcksche Reptilpresse in der Nacht nach dem Attentat jene schamlose amtliche Lüge in die Welt, wonach Nobiling bekannt haben sollte, daß er sozialistischen Tendenzen huldige und wiederholt sozialistischen Versammlungen beigewohnt habe. Nobiling war zu der Stunde, da diese Dichtung aufgeflogen wurde, überhaupt nicht vernunftfähig und, wenn er trotzdem vernommen wurde, nicht zurechnungsfähig, da ihm das Gehirn aus einer schweren Kopfverletzung ausgetreten war. Aber für die schamlose Bismarcksche Staatsverbrechen war dieses Attentat das große Loos und Bismarck war nicht der Mann, sich einen solchen Nießegewinn aus moralischen Strupeln entgehen zu lassen.

Dagegen sind die Begleitumstände der Hödel'schen Schießerei hinlänglich geklärt worden, um die ganze hübsche Niedertracht des damaligen bürgerlichen Deutschlands durch historische Thatfachen zu belegen. Der schon mit 21 Jahren total verkommene und verlorne Patron war einer jener parasitären Existenzen, die sich an jede Partei heranschmeißen, um jede auszubuten und jede um einen Judaslohn zu verrathen. So hatte er schon ein Jahr zuvor in Leipzig im sozialdemokratischen Arbeiterbildungsverein Anschlag gesucht, um auf die „Fackel“ Abonnenten zu sammeln, war jedoch dort abgewiesen worden, nachdem er Abonnementsgelder unterschlagen und aus der Expedition Zeitungen und Broschüren hatte mitgehen lassen. Dann wandte er sich an den berühmtesten Sozialistenführer Bruno Sparig und flänzte im „Leipziger Tageblatt“ unter falschem Namen mit „Euthyllungen“ aus dem sozialdemokratischen Lager, worauf er zwei Tage vor dem Attentat vom sozialistischen Zentralwahlkomitee endgültig aus der Partei ausgeschlossen wurde, nachdem schon am 5. April die Expedition der „Fackel“ öffentlich vor seinen Schwindelacten gewarnt hatte. Hier Wochen vor dem Attentat war er spurlos nach Berlin ver-

schwunden und trat dort mit Ehren-Stöder, der ein ganzes Nachschuß von schiffbrüchigen Existenzen um sich versammelt hatte, in geschäftige Beziehungen. Er reiste auf die Christlich-sozialen, Grünberg, später ausplauderte, auch Nobiling angehörte, und gab sich nebenbei als „Anarchist vom reinsten Wasser“. Bruno Sparig und Ehren-Stöder waren die eigentlichen Schutzpatrone dieses „Attentäters seiner Majestät“, der übrigens niemals ein ernstliches Attentat geplant hat und dessen blödsinnige Attentäterei nur ein unreifes Dubsenstück sein sollte.

Alein dieses Dubsenstück fand wahlverwandte Seelen in der politischen Welt, und die geheimrathliche Affenbosheit der Bismarckerei wetteiferte mit der feigen Niedertracht des Bürgerthums, um das „Attentat“ gegen die junge Arbeiterbewegung zu fruchtbar zu machen. Seit den Wahlen des Jahres 1877, wo die Sozialdemokratie zwölf Mandate und beinahe 500 000 Stimmen gewonnen und insbesondere die großen Städte erobert hatte, raste die Fortschrittspartei in tobstichtigen Zudungen gegen die Sozialdemokratie. Wenn die Nationalliberalen nicht sofort auf das erste Ausnahmegeetz hereinfielen, so nur, weil ihre klügeren Führer das Bismarcksche Spiel durchschauten und begriffen, daß die Kampagne in letzter Linie gegen ihre Machtstellung gerichtet war. Nach dem zweiten Attentat aber brach ihre Widerstandskraft vollends zusammen, und die sinnlose Angst des deutschen Philisters that das übrige. Das Ausnahmegeetz wurde votiert, und zwölf Jahre lang kämpfte die Arbeiterbewegung als gedächte, bürgerlich rechtlose Partei gegen einen allmächtigen, bis an die Zähne gewaffneten Gegner, um ihn zuletzt zu Boden zu strecken und in dem Sturz Bismarcks das vorläufige Gericht an dem persönlichen Urheber dieser Gewaltpolitik zu vollziehen.

Jetzt, 25 Jahre nach der Hödel'schen That, steht die Arbeiterklasse der Nachfrucht der Bismarckschen Ära gegenüber, bereit, der Brodwucher- und Verfallungspolitik, die vor einem Vierteljahrhundert gesetzlich eingeläutet wurde, den Rest zu geben. Die Situation von heute weist so manche Ähnlichkeit mit den Dingen vor 25 Jahren auf, und manch ein Bruno Sparig von heute mag in der Tiefe seines Herzens nach einer „rettenden That“ seufzen, welche den Reichskarren, wie damals, aus dem Sumpf zöge. Allein die Siegelstempel des deutschen Parteilebens sind vorbei, die Politik der Dubsenstücke zieht nicht mehr, und die Staatsmänner von heute müssen sich schon ohne die Hödel und Nobiling behelfen. Wenn aber die deutsche Arbeiterklasse ihre diesjährige Junischlacht schlägt, mag sie sich dabei auch all jener feigen Niedertracht erinnern, mit der vor 25 Jahren die herrschende Gesellschaft ihr Hinterrück den Genidung zu geben gemeint hat.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Maurer und Erdbarbeiter Südhannovers, etwa 1500 Mann, beschloffen, wie aus Göttingen gebracht wird, in den Ausstand zu treten, da eine Lohnserhöhung von den Arbeitgebern verweigert wird.

Aus Mannheim berichtet man der „Frankf. Ztg.“: Vor Kurzem wurde in der Rheinischen Gasmotorenfabrik (vorm. Benz u. Cie.) ein Meister, der sich mißlieblich gemacht hatte, auf Verlangen der Arbeiterschaft entlassen. Bei diesem Anlaß versprach die Direktion der Fabrik, auch noch die sonstigen Beschwerden der Arbeiter nachzuprüfen und, wenn sie sich als gerechtfertigt erweisen sollten, Abhilfe zu schaffen. Die Direktion hat Wort gehalten und einen weiteren Meister, der seine Leute nicht nach Recht und Billigkeit behandelte, seiner Stelle enthoben. Die Umstände, unter denen sich das vollzog, stehen wohl vereinzelt da; denn Direktion und Arbeiterschaft kamen überein, den Lohn, den der Mann für seine Kündigungszeit zu fordern hat, zu gleichen Theilen zu tragen.

Der „Zentralverband der Löhner und Berufsgeoffenen Deutschlands“ veröffentlicht seine Jahres-Uebersicht und -Abrechnung pro 1902 in einer sehr übersichtlichen Form, die zugleich über die Entwicklung des Verbandes in den letzten zehn Jahren Aufschluß giebt. Danach hatte der Verband Ende 1902 in 156 Orten Deutschlands 9182 Mitglieder, die in 148 Orten zu 303 Stellen vereinigt sind. Deren größte, Berlin, zählt 2048 Mitglieder. An Eintrittsgeld und Beiträgen wurden 148 522,10 Mk., insgesamt 153 392,95 Mk., im Verbandsverrechnungsbuch, denen 148 766,02 Mk. an Ausgaben gegenüberstehen. An Verwaltungskosten waren allein 37 510,54 Mk., an Wanderunterstützung 4649,26, an Reiseunterstützung 817,02, an Umzugsunterstützung 2209,61, an Krankenunterstützung 9658,55 Mk. erforderlich. Streit- und Gemahregelungen-Unterstützung wurden 38 211,11 Mk. gezahlt. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug Ende 1902 90 363,78 Mk. In den zehn Jahren von 1892—1902 ist der Mitgliederbestand um 5542 gestiegen, die Gesamteinnahmen betragen 1892 8444,25 Mk. und stiegen auf 153 392,95 Mk., die Gesamtausgaben von 8290,75 auf 148 766,02 Mk.

Das Protokoll des zweiten allgemeinen Deutschen Krankenkassen-Kongresses, welcher am 15. und 16. März 1903 in Berlin getagt hat, ist nun erschienen. Dasselbe umfaßt 203 Oktav-Seiten in solider Ausstattung. Es ist übersichtlich zusammengestellt und bringt neben dem stenographischen Auszug der Verhandlung die Regierungsvorlage zur Abänderung der Novelle, wie sie dem Reichstag zur Beratung vorgelegen hat. 128 Abänderungsanträge, welche von den verschiedensten Krankenkassen oder deren Vereinigungen für die Abänderung der Novelle eingegangen sind, befinden sich im Wortlaut dem Protokoll beigelegt. Inzwischen hat nun die Regierung und Reichstag gesprochen, aber nicht nach dem Wunsche des Kongresses. Wir können das Protokoll, welches für jeden Sozialpolitiker, sowie für jeden, der sich mit Krankenkassenangelegenheiten beschäftigt, von Wichtigkeit ist, nur empfehlen. Der Preis pro Exemplar beträgt 60 Pfg., über 100 Exemplare 50 Pfg., über 250 Exemplare 45 Pfg. und über 500 Exemplare 40 Pfg. pro Stück und sind zu beziehen von der Zentral-Kommission der Krankenkassen, Berlin SO., Engel-Ufer 15 III.

Die erste deutsche Genossin als Mitglied einer Armenkommission. Durch Aufsuchen der Stadt Offen-burg in die einer Städteordnung unterstehenden Kommunen wurde ein neues Organisationsstatut festgesetzt. Die sozialdemokratischen Vertreter im Bürgerausschuß und Gemeinderath traten dafür ein, daß in die einzelnen städtischen Kommissionen — die nicht ausschließlich aus Gemeindevorstellern bestehen — auch Frauen als gleichberechtigte Mitglieder beigezogen würden. Das Ministerium gab die Genehmigung, daß in die Schulkommission eine Hauptlehrerin und in die Armenkommission „Frauen in beschränkter Anzahl“ berufen werden können. Der Stadtrath schritt nunmehr zur Bildung der Kommissionen und schlug für die Armenkommission unter anderem sechs Frauen vor, die sich auf Anfrage bereit erklärten, das Amt zu übernehmen. Unter den Erwählten befindet sich auch unsere Parteigenossin Frau Marie Ged.

Wegen Verleumdung der Kattowitzer Polizei wurde der polnische Genosse Franz Drosel, der die „Gazeta Robotnicza“ eine Zeilang verantwortlich gezeichnet hatte, zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt. In unserem polnischen Bruderblatte war behauptet worden, daß die Polizeibehörde bei der Genehmigung von Versammlungen in parteiischer Weise vorgehe — dafür erfolgte die Verurteilung. — Auch die Breslauer „Wolfskacht“ wird in dieser Wahlperiode wieder außerordentlich verfolgt. Gegen ihre Redakteure schweben nicht weniger als acht Prozesse. Die Abonnentenzahl nimmt jedoch mit jeder Woche zu.

Die französischen Zündholzarbeiter und der Maschinenbetrieb. Der Direktor der staatlichen Zündholzfabriken „des Patin“ macht den Arbeitern durch Zirkular

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

12. Fortsetzung.

„Alle Wetter“, rief Hauptmann von Seibitz, „die Zunge muß Handor viel Geld gekostet haben!“

„Ober anderen Dingen“, meinte Pfeffer.

„Allen Respekt übrigens vor Ihrer Zunge, Herr Handor,“ fuhr Traub fort, „und wenn Sie das Theater aufgeben wollten, möchte ich Sie als Reisenden engagieren; Sie sollten vortheilhafte Provisionen bekommen.“

„Herzlichen Dank, lieber Traub“, lachte der erste Liebhaber, „ich bin von Ihrer Güte überzeugt, befinden mich aber jetzt noch besser so. Sollte ich aber doch einmal in den Fall kommen“

„Dann werden Sie sich nur an mich, ich halte mein Wort“, nickte der alte Mann.

„Apropos, Handor“, rief der Major Arnold, der ihm gegenüber saß, „haben Sie schon die schöne Fremde gesehen, welche heute angekommen ist, die Gräfin Rotina? Die Familie ist nach hier übergesiedelt.“

„Nein“, rief Handor, „ist sie hübsch?“

„Bildhosen“, verprühlte Arnold ganz in Jact. „Sie wurde mir heute unter den Augen gezeigt, wo sie mit ihrem Mann und den Kindern spazieren ging; ein reizendes Wesen mit einem Gesicht, wie sie der liebe Gott nur Wenigen mitgegeben, und dem man auf den ersten Blick gut sein muß. Und was für wunderbare goldene Haare sie hat! Ich bin ihnen eine Weile nachgegangen, nur um die Sonne auf dem Haar lässig und leuchtend zu sehen.“

„Keiner Seel“, rief Pfeffer, „wenn Sie so eulacht von roten Haaren redet, weshalb malen Sie denn nicht einmal meine Schwester, die Bassini? Die bräunt.“

„Alle lachten.“

„Der Pfeffer ist doch ein nichtswürdiger Feind, nicht

einmal seine eigene Schwester kann er ungeschoren lassen“, rief Berthel.

„Nah, ungeschoren“, sagte Pfeffer, „sie trägt ja eine Perrücke.“

„Lassen Sie mir die Bassini in Ruhe!“ rief Höfken dazwischen; „das ist eine brave Person, wenn sie auch sonst vielleicht ihre Wunderlichkeiten hat. Und wie ehrlich bringt sie sich mit ihrer kleinen Gage durch, daß sie nicht einen Pfennig Schulden in der Stadt hat!“

„Das kann Handor auch von sich sagen“, meinte Pfeffer trocken.

„Ich wollte, es wäre wahr, Pfeffer“, bemerkte Traub, und ein tolles Gelächter brach von allen Seiten los.

„Lacht nur“, sagte der erste Liebhaber, während sich ein höflicher Zug um seine Lippen legte; „wir wollen einmal sehen, wer von uns hier heute über vier Wochen die wenigsten Schulden haben wird, Ihr oder ich.“

„Da heißt wohl in die Lotterie gehen?“ fragte Höfken.

„Nein, er heirathet eine Gouvernante und wird Gouverneur“, meinte Pfeffer.

„Thorsheit“, rief Handor, „da kommt der Champagner, und nun Gläser her und ein volles Glas den schönsten Augen!“

Für den Augenblick war jedes weitere Gespräch gestört, denn das Glaschen, Anstoßen und Trinken beschäftigte die Anwesenden so vollkommen, daß sie nicht einmal den Eintritt eines neuen Gastes bemerkten.

Es war der junge Graf Ronford, der gar nicht etwa so selten die Künstlerkreise besuchte, weil er dort immer sicher war, gute Gesellschaft zu finden.

„Nun mußt Du aus aber auch Deine schönsten Augen rennen, Handor“, rief Höfken ihm zu, „denn wenn ich ihnen ein Glas bringen soll, muß ich auch wissen, an welchem Theile des Himmels diese Sterne sehen.“

„Wie indistret, Kamerad“, lachte Handor, „Jeder von uns trinkt den Augen, die er für die schönsten hält.“

„Und in dem Sinne nehme ich auch ein Glas mit“, rief George Ronford; „heiß, Kellner, her Champagner!“ Handor war bei der Stimme rasch herumgefahren, und für den Augenblick verlor sein Antlitz jede Farbe; aber im Tumult bemerkte es Niemand, und Handor hatte auch rasch genug seine Fassung wiedergewonnen.

„Graf Ronford“, rief er erfreut, ihm die Hand entgegenstreckend und sie herzlich schüttelnd, „lassen Sie sich auch einmal wieder bei uns sehen?“

„Ich bin heute eigentlich nur hergekommen, um Sie auf ein paar Minuten zu sprechen“, sagte der junge Mann.

„Nicht?“

„Nachher; eine Geschäftssache“, lachte George; „Sie brauchen nicht zu erschrecken. Also den schönsten Augen, meine Herren, und da ist wohl Keiner hier, der den Toast nicht mittränke.“

„Bitte um Verzeihung“, sagte Pfeffer, „wenn ich auf etwas Derartiges anstiehe, so wäre es höchstens auf die „beste Brille“; der Teufel soll die schönsten Augen holen, wenn man Abends nicht mehr damit lesen kann.“

„Hahaha, Freund Pfeffer, immer giftig!“

Graf George rühte jetzt mit zum Tisch und das Gespräch wurde allgemeiner; nur Handor war merkwürdig einsilbig geworden, und so ausgelassen lustig er im Anfange erschienen, so schweigsam zeigte er sich jetzt, daß es sogar den Tischgenossen auffiel. Wie er aber nacheinander ein paar Gläser des feurigen Trankes hinuntergeschürzt, wurde er etwas lebendiger; doch lagen ihm immer noch die paar Worte auf dem Herzen, welche ihm der junge Graf vorher gesagt. Was wollte der von ihm? Eine Geschäftssache? War er dem Liebesverhältnis mit dessen Schwester auf die Spur gekommen und wollte ihn jetzt vielleicht gar fordern? Die Kavaliere nannten das eine Geschäftssache. Das Gefühl wurde ihm zuletzt so unbefuglich und drückend, daß er aufstand, hinter Graf George's Stuhl ging und, leise seine